

Wagen aus. Aus der Nichtbeachtung der Verkehrsordnung sei noch keine Fahrlässigkeit des Anzeigenden zu folgern. Der vom Vorberichtern gemachte Unterschied zwischen berufsmäßigen Fahrern und Luxusfahrern verleihe das Rechtsmittel. Das Oberlandesgericht verwarf das Rechtsmittel. Die Verkehrsordnung gelte auch für Kraftfahrzeuge. Der Anzeigende habe damit rechnen müssen, daß, wenn er die Vorschriften nicht beachte, ausbleibende Nachteile der Straßenbahn verleben könne. Diese Fahrlässigkeit werde auch nicht beseitigt durch den anaethetischen Warnungsruf des Schaffners. Selbst wenn dies erfolgt wäre, so sei daraus noch nichts zu Gunsten des Anzeigenden zu folgern, weil dieser Ruf erst im letzten Augenblicke geblät werden konnte, wo der Anzeigende seinen Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen und wo der Ruf den anstehenden Personen nichts mehr nutzen konnte. Daß der Anzeigende seine Pflicht als Berufsfahrer verletzt habe, sei aber zweifellos. — Diese Entscheidung wird vom Publikum sicher mit Genugtuung begrüßt werden. Gerade an den Straßenbahnunfällen wird von Zuschauern und Chauffeuren, wie man täglich beobachten kann, die notwendige Vorsicht nur zu oft außer acht gelassen.

Sonderbeilage. Der heutigen Nummer liegt für die Stadtkasse eine Preisliste über den Beginn des großen Juli-Verkaufs von Messow & Waldschmidt hier, bei.

Ein neuer Roman

beginnt in der „Elektrischen Welt“ der vorliegenden Nummer unseres Blattes. Auch diese Arbeit verdient die Beachtung unserer Leser, die den von uns in letzter Zeit veröffentlichten Romanen in reichem Maße Anteil geworden ist. Das Werk führt den Titel:

„Baumeister Evert.“

Neue Suffragetten-Debatte im englischen Unterhause.

Im Unterhause nahm der konservative Robert Cecil das Wort, um seinen Wählereinstellungswort gegen den Minister des Innern Mac Kenna wegen seines Verhältnisses gegenüber gefangenen Suffragetten zu beurteilen. Er verwarf die gegen die Unterhause, daß er die Verhandlungen verteidigte, deren Zweck die Suffragetten im Gefängnis seien. Das seien Vorgänge, die er selbst für verächtlich und nicht zu verifizieren habe, aber das Verhalten Mac Kennas sei eine Verletzung der Ehre gegenüber dem Gesetz und der Gerechtigkeit, man dürfe keine unterschiedliche Behandlung für das gleiche Vergehen dulden. Nachdem die Führerinnen der Suffragetten in die erste Abteilung des Gefängnisses gebracht worden seien, das heißt als politische Verbrecherinnen betrachtet würden, hätten die weniger schuldigen anderen Suffragetten, die in der zweiten Abteilung waren, das heißt ihre Gefängnisstrafe als gewöhnliche Verbrecher abtun, welches Vergünstigung teilsweise werden müssen. Das sei aber nicht. Daher brach der Hungerstreik aus. Nun sei Zwangsunterkunft schon schrecklich, wenn der Gefangene keinen Widerstand leistet. Gegen seinen Willen aber sei die Tortur. Der Minister habe mit verschiedenen Mäßen gemessen, und das sei ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit. Auch die Sozialisten wie Hardie und Lansbury schlugen in dieser Sache: Hardie las zudem eine von 117 Wählern unterschriebene Petition vor, in der gegen die Zwangsunterkunft als Gefahr für Leben und Gesundheit protestiert wird. In seiner Verteidigung sagte Mac Kenna, die Zwangsunterkunft, zu der man sich nur im äußersten Fall entschließen, sei im öffentlichen Interesse nötig. Vor ihm habe alle Kritik dreie, sei dies: Da er einmal Frau Pankhurst, sowie Frau und Herrn Velld Lawrence der Gnade des Königs empfahl, so hätte er — wie er seine Kritiker — alle übrigen Suffragetten auch der Gnade des Königs empfehlen und für den Übergang zur ersten Abteilung vorschlagen müssen. Er halte es für richtig, daß er im öffentlichen Interesse und nach konstitutioneller Gepflogenheit gehandelt habe. Die königliche Prärogative, Verurteilte anderer Abteilungen in die erste Abteilung zu versetzen, sei in den letzten dreißig Jahren nur dreimal ausgeübt worden. Im Jahre 1886 im Falle Stead, 1896 im Falle James Heberkess und jetzt bei den Suffragetten. Als die Suffragetten abgeurteilt waren, schrieb ihm der Richter einen Brief, in dem er mitteilte, er könne die Suffragettenführerinnen nicht für die erste Abteilung vorschlagen, da sie erklärten, sie würden ihre Forderungen wiederholen. Verschlößten sie sich, nicht wieder wieder einzunehmen, so würde er, der Richter, sie der königlichen Gnade empfehlen. Nun hätten aber die beiden genannten Führerinnen und Herr Lawrence die königliche Vergebung gewünscht, während ihres Aufenthaltes im Gefängnis sich nicht an der Suffragettenbewegung zu beteiligen. Das hätte dem Richter genügt. Da hätte er, Mac Kenna, nicht anders handeln können.

Mit 213 gegen 99 Stimmen wurde schließlich das Wählereinstellungswort Cecil's abgelehnt. Es hätte die bekannte Form, daß dem Minister 100 Pfund von seinem Gehalt abgezogen seien. Bei einem Empfang bei Lord und Lady Glenconner wurde der Premierminister Asquith neuerdings von einer Suffragette angegriffen, die ihn mit beiden Händen durch am Halsgriffen packte, nachdem sie ihn wegen der Zwangsunterkunft ihrer Kolleginnen mit Formeln überschüttet hatte. Man war diese aufgereagte Dame hinausgeführt worden, so wiederholten zwei andere gleichgültige „Damen“ dasselbe Schauspiel.

Zagesgeschichte.

Das jährliche Regierungsbudget des Kaisers

wird in großer Nähe abgeleitet werden. Sämtliche deutschen Bundesfürsten werden in Berlin eintriften, um dem Kaiser persönlich zu gratulieren. Kaiser Franz Joseph dürfte der Kaiserin Franz Ferdinand beauftragen, die Glückwünsche Österreichs zu überbringen, während es nicht ausgeschlossen ist, daß König Viktor Emanuel selbst nach Berlin kommt. Auf dem Tempelhofer Weide findet eine große Parade statt; für sie ist außerdem noch eine besondere Motorenkapelle geplant. Die Berliner Postbezüge bereiten Schwierigkeiten vor. Der Kaiser zu seinem Jubiläum eine Ordensauszeichnung (Denkmünze) stiften wird, ist schon erwähnt worden.

Der Reichskanzler an den Grafen Zepelin.

Der Reichskanzler hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, dem Grafen Zepelin in einem persönlichen Telegramm seine Trauer darüber ausgesprochen, daß die „Schwabens“, mit der er selbst eine unvergessliche Fahrt gemacht habe, ein Opfer ihres achtzigjährigen Lebens geworden ist. Die Eroberung der Luft, in der Graf Zepelin bahnbrechend vorging, sei, werde durch seinen Verlust, so schwer er auch sei, mehr aufgeschoben werden können. Graf Zepelin, der in Berlin weilt, hat dem Reichskanzler einen Besuch abgelehnt und ihm für seine Teilnahme gedankt.

Eine Rede des Herrn v. Heubrand.

Auf dem Sommerfeste des Bundes der Landwirte im Reichs-Treibnis hat der Abgeordnete v. Heubrand eine Rede gehalten, in welcher er über den Wert der Landwirtschaft für unsere arme politische und kulturelle Entwicklung

ausführte: „Einen Landwirt, der anders als Konserwatist ist, kann ich mir nicht denken. Der weiß nicht, was er will und was die Zukunft bringt. Man kann es nicht verstehen, wie auch in Sachen die Vaterlandlose Sozialdemokratie eingegangen sind, glücklicherweise bei uns noch nicht. Es sind ernste Zeiten. Ein Mitglied des Bundes der Landwirte kann nicht anders, als an seinem Vaterlande und dessen Kraft hängen. Die Scholle, die er bearbeitet, für die er arbeitet, sein Eigentum verbindet ihn mit der Kraft des Staates. In der Sicherheit unserer Landwirtschaft liegt die außerordentliche Wichtigkeit unseres ganzen Wirtschaftslebens, ein Lohn unserer Arbeit, der sich mit dem der anderen Stände wohl verhält. Es ist heilige Pflicht, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Das große Deutsche Reich hat es dahin gebracht, daß die Landwirtschaft den ganzen Bedarf des Inlandes deckt, daß wir damit frei und unabhängig dastehen in der Welt, und dem ganzen Reich einen nationalen Halt und eine Selbstständigkeit geben, die so viel wert ist als eine große Armee. Das ist die große Sache, für die wir stehen. Daneben steht in der Landwirtschaft der tiefe Sinn der Ordnung und ein gesundes Denken, wie wir's in den großen Städten nicht finden. Vielleicht wird eine Zeit kommen, wo man für das, was einen Staat reich und wert macht, in der Landwirtschaft den letzten haarkleinigen Halt findet, wie ihn gerade der preussische Staat verlangt. Ferner wie Herr v. Heubrand auf Preußens Eigenart und seine Aufgabe in Deutschland mit kernigen Worten hin: Preussisches Gefühl muß heute auf der Wacht stehen. Als wenn Preußen mit seiner Eigenart sich nicht schon lassen könnte! Preussische Art und preussischer Staat sind einmal der letzte Halt und Fort des ganzen Deutschen Reichs. Wenn Preußen nicht in seiner alten Art bestehen bleibt, dann rückt die große Gefahr fürs ganze deutsche Vaterland heran.“

Die Wahl in Hagenow-Grevesmühlen.

Nach der bisherigenählung wurden bei der Stichwahl in Hagenow-Grevesmühlen abgegeben für Pauli (kons.) 6970, für Sisolowich (fortsch. Sp.) 9428 Stimmen. 3 Drittkandidaten fehlten noch.

In Sachen des altnationalliberalen Verbandes schreibt die „Südd. nat.-lib. Korr.“: Nichts ist falscher, als den altnationalliberalen Verband abzulehnen mit dem Hinweis: Ich bin weder alt- noch jungliberal, ich bin einfach nationalliberal! Das trifft die Sache nicht. Bis für den altnationalliberalen Verband kämpft, das ist nicht die Frage, ob der Kurs mehr nach rechts oder mehr nach links gehen soll, es ist in erster Linie die Frage, ob der Charakter der Partei dauernd ein anderer werden soll oder nicht. In dieser Frage muß jeder Parteifreund Stellung nehmen, daran kann er nicht vorbeigehen. Gesicht dies dennoch, so werden gerade die schärflichsten Kritiker werden, die heute vorgeben, auf der Mittellinie zu stehen und keine Stellung nehmen wollen.

In der kleinen Strafgesetznovelle.

Die sogenannte kleine Strafgesetznovelle tritt am 5. Juli 1912 in Kraft. Sie bringt eine ganze Anzahl von Änderungen gegenüber den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Das Gesetz findet auf alle vor seinem Inkrafttreten noch nicht abgeurteilten Straftaten Anwendung, selbst wenn sie vorher begangen worden sind. Jedoch können die Änderungen vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch schon von den Richtern ausgesprochen werden. — Der preussische Justizminister hat die Vollstreckungsbedürfnisse angewiesen, daß die Richter in allen Fällen, in denen sie die Voraussetzung für Strafmilderung für gegeben erachten, an ihn Bericht zu erhalten haben ohne Einwendung eines Obdachteluches und daß in diesen Fällen einseitig die Vollstreckung ausgesetzt ist. — Dieselben Verfügungen sind auch von den anderen Bundesstaaten zu erwarten.

Griechische Marinebestellungen in Deutschland.

Die Morgenblätter in Athen veröffentlichten eine amtliche Mitteilung, daß der Minister auf den Bericht des Marineministers beistimmen hat, auf der Vulkan-Werft zwei Torpedobootsäger von je 700 Tonnen und mit einer Geschwindigkeit von 25 Seemeilen, sowie 6 Torpedoboots mit einer Geschwindigkeit von 25 Seemeilen zu bestellen. Das erste Torpedoboot soll in sieben Monaten geliefert werden. In einem Exposé legte der Marineminister die Gründe auseinander für die Veranschlagung der Vulkan-Werft gegenüber den Konkurrenzfirmen. Diese beständen in größerer Schnelligkeit, größerem Aktionsradius und einer schnelleren Lieferung bei fast gleichem Preise.

Die Rückkehr der denischen Notenkreuz-Expedition.

Die Mitglieder der Expedition, die zu Anfang dieses Jahres das Zentralkomitee vom Notenkreuz nach dem türkisch-italienischen Kriegsschauplatz entsandt hatten, sind am Sonnabend aus Tripolis zurückgekehrt. Von 15 hinausgezogenen kehrten jetzt 11 heim, nachdem zwei schon früher die Rückreise angetreten hatten, während zwei im fremden Land verstorben sind. Die Teilnehmer der Expedition haben vom Kriege selbst nichts gesehen, auch nur wenig Vermundete in Pflege gehabt. Dankschreiben hatten sie mit der Pflegerin Toubuskranker zu tun, von denen durchschnittlich 80 im Lazarett lagen. Die Expedition ist zurückgekehrt, weil keine Anzeichen für einen baldigen Abbruch der Feindseligkeiten vorliegen und die Sommerzeit mit ihrem überhitzten Klima Leben und Gesundheit der Leute bedrohten.

Neuer Zusammenschluß der Arbeiter im Baugewerbe.

In den Sommerferien zu Berlin ist am 28. Juni d. J. nach längeren Vorbereitungen, die bis zum Dezember v. J. zurückreichen, eine Vereinigung der Reichsarbeiterverbände des eigentlichen Baugewerbes (Hochbau) und der Baugewerke unter dem Namen „Reichsbund Baugewerblicher Arbeiterverbände“ gegründet worden. Ihren Beitritt haben bereits erklärt: Der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband der Gipser, Stukkateure und Verputzmeister Deutschlands, Sitz Karlsruhe, der Hauptverband Deutscher Arbeiterverbände im Maler- und Dekorationsgewerbe, Sitz Berlin, der Arbeiterverband für das deutsche Holzgewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband selbständiger Innkalkulatoren, Klempner und Kupferschmiede, Sitz Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, Sitz Remscheid a. Rh., der Reichsverband für das Stein-, Plaster-, Pflaster- und Straßengewerbe, Sitz Weipitz. Weitere Beitritte stehen bevor. Zweck des Reichsbundes, der den angeschlossenen Zentralverbänden vollständige Selbstständigkeit läßt, ist die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß, Vorsitzender ist der Vorsitzende des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, Erste-Beisitzer, der erste stellvertretende Vorsitzende der Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Arbeiterverbände im Maler- und Dekorationsgewerbe, der zweite stellvertretende Vorsitzende des Reichsbundes, der dritte stellvertretende Vorsitzende des Reichsbundes, der vierte stellvertretende Vorsitzende des Reichsbundes. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 9, Linkestraße 32.

Der Solokongress in Prag.

Am Laufe des Festtages trafen in Prag die meisten Teilnehmer des Solokongresses ein, darunter Vertreter aus Berlin, Weipitz und Dresden. Die Gesamtzahl der angemeldeten Gäste beträgt 6000 Männer und 750 Frauen.

Marokkodebatte in der französischen Kammer.

Die Deputiertenkammer hat die letzten Artikel des Kriegsbudgets angenommen. In der Nachmittags-Sitzung legte die Kammer die Beratung über den Vertrag betreffend das Protektorat über Marokko fort. Berichterstatter Long erklärte, Frankreich habe seine Rechte nicht nur auf Grund der internationalen Vereinbarungen, sondern auch der gebrauchten Opfer für so bedeutend, daß sie unveräußerlich seien. Die Zustimmung zu dem Vertrag sei nur die formelle Weiße des tatsächlichen Zustandes. Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlangte Jaurès Zurückziehung des Protektoratsvertrages mit Marokko, um über ein neues Abkommen zu verhandeln, das die Empfindlichkeit des Sultans weniger bedrohe. Er sagte ferner, es würde gefährlich sein, ständig eine größere Truppenzahl in Marokko zu halten. Frankreich solle dies Volk achten und ihm kein solches Protektorat auferlegen. Die Revolle in Fez ist durch das ganze Regime vorbereitet worden. Man hat den Sultan auszuwintern wollen, um ihn so vollständig in die Hand zu bekommen. In welcher grauenerregender Weise in der Aufstand der Marokkaner unterdrückt worden, die so doch nur ihren Boden und ihre Unabhängigkeit verteidigten! (Der Nationalist Briand rief dazwischen: Unsere barbarisch niedergemetelten Offiziere verpassen Sie! Sie sind mehr Marokkaner wie Franzosen!) Jaurès erklärte sodann, daß ihn die Expedition des General Gouraud mit schweren Bedenken erfüllte, und kritisierte den Bericht eines französischen Zeitungskorrespondenten, wonach General Gouraud die Quers der Erntefelder der Eingeborenen niederbrennen lasse, um die Aufständischen zur Unterwerfung zu zwingen. (Schärfste Unruhe bei den Sozialisten.) Jaurès schloß: Wir haben die Wahl zwischen einer Politik, durch die die Freilich der Marokkaner, eines Volkes von sechs Millionen tapferer Menschen, beschützt werden kann, und einer Politik der Gewalttätigkeit und der brutalen Eroberung.

Generalkrieg in New York.

Infolge der Weigerung der sieben Rüstungsfabrikgesellschaften, nur organisierte Seelen zu beschäftigen, haben die Führer des Arbeiterbundes den Generalkrieg verkündet und hoffen, daß mehr als 25 000 Arbeiter und Matrosen und 40 000 Hafenarbeiter in New York und anderen Häfen sich dem Ausstande anschließen werden.

Das Programm der Demokraten.

Wie bestimmt verlaunt, soll dem demokratischen Nationalkongress eine Plattform vorgelegt werden, in der die hohen Eingangszölle als Hauptursachen der ungleichen Verteilung des Wohlstandes und der gegenwärtigen hohen Preise der Lebensunterhaltskosten bezeichnet werden. Die Plattform tritt für eine sofortige Herabsetzung der Zölle, besonders der auf Lebensbedürfnisse, ein. Diese Herabsetzung soll nach und nach bewerkstelligt werden, damit berechnete Industrien nicht vernichtet werden. Die Plattform spricht sich ferner für ein kräftiges Straf- und zivilrechtliches Vorgehen gemäß dem Antitrustgesetz und etwaiger Zusatzgesetze aus, die notwendig seien, um die Privatmonopole zu beseitigen und eine Verwässerung der Aktien zu verhindern. Sie verurteilt die republikanische Regierung wegen ihres Zusammengehens mit der Standard-Oil-Company und dem Tabaktrust. Die Plattform erklärt sich für eine einmalige Präsidentenwahlperiode, sowie für die wirksame Überwindung der Tarife der Eisenbahnen, der Paketpostgesellschaft und der Telegraphen- und Telephongesellschaften, für eine Abschätzung des Eigentums der letzteren durch die Interstate-Kommission und für eine Revision der Bergengesetze, die bezwecken soll, in Zeiten finanzieller Knappheit zeitweilige Erleichterungen zu verschaffen. Das Programm tritt weiter für ein Studium des europäischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ein, um festzustellen, ob derartige Genossenschaften auch für amerikanische Verhältnisse passen, und empfiehlt schließlich den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Rußland, der den rechten russische Gebiete bereisender amerikanischer Staatsbürger volle Geltung gewährt.

Deutsches Reich. Die rheinisch-westfälische Städteausstellung in Düsseldorf wurde Sonnabend mittig durch den Oberpräsidenten Freiherrn v. Rheinbaben feierlich eröffnet.

Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen.

Berlin. Heute vormittag ist der Kaiserl. Wirk. Geheimrat und Vizekanzler a. D. Eberhard Graf zu Solms-Sonnenwalde, geboren am 2. Juli 1825 in Solms, in seiner Wohnung an Blutabernverfälschung gestorben. Die Leiche wird nach Sonnenwalde bei Ludau übergeführt.

Rom. Der Senat hat den Gesetzentwurf über die Bahireform nach den Beschlüssen der Deputiertenkammer endgültig mit 131 gegen 49 Stimmen angenommen.

Rom. Die „Agenzia Stefani“ erhält aus Ferrara vom 29. Juni folgenden Bericht: Um sogleich den durch den achtigen Kampf erreichten Erfolg auszunutzen, griffen heute früh alle Streitkräfte der Division die Höhen von Sidi Said und die benachbarten Stellen an, in deren Tiefe und noch verstärkte Verschanzungen sich ardhre Abteilungen von Arabern und Türken zurückgezogen hatten, die bei der gestrigen Niederlage entkommen waren. Sie haben sich am Abend durch andere Mahallen bedeutend verstärkt. Die Operation begann kurz nach Sonnenaufgang mit einem heftigen Bombardement aller verfügbaren Geschütze, die alle in die neu eroberten Stellen eingeschossen waren, und wurde unterstützt von den Kriegsschiffen „Carlo Alberto“, „Fride“ und „Ardea“.

Petersburg. Der Reichsrat hat die Wehrpflichtvorlage in der Fassung der Duma angenommen.

Konstantinopel. Der „Tanin“ demontiert die Gerüchte, wonach die Worte sich an die hiesigen Vorkämpfer der Mächte gewandt und sie ersucht hätte, Friede zu verhandeln und einzuleiten. Die Gerüchte würden von Feindesseite und der Türkei bösgenühten lanciert, die den Zweck verfolgten, die Türkei als zur Fortsetzung des Krieges ohnmächtig hinzustellen. Die Haltung der Worte habe sich nicht geändert. Dies sei auch längst vom Minister des Auswärtigen den Vorkämpfern erwidert worden, die im Laufe eines Gespräches mit dem Minister auf den Kräfte des oppositionellen Blattes „Isham“ hingewiesen, worin die Notwendigkeit des Friedensschlusses betont wurde. Auch die Gerüchte von einem Vermittlungsversuche, der sich insbesondere an längere Besprechungen knüpfte, welche vorerstern zwischen den Vorkämpfern Frankreichs und Rußlands und dem Minister des Auswärtigen stattgefunden hatten, werden vom „Tanin“ als unbegründet bezeichnet. Der Minister des Auswärtigen habe jedem derartigen Schritte fern.

Konstantinopel. Die telegraphische Verbindung mit Sazonik ist wieder hergestellt. Die Unterbrechung ist wahrscheinlich auf Ueberlastung der Linie mit Regierungsbefehlen zurückzuführen.

Belgien. Die Nationalversammlung hat die Ernennung Luchenaß als zum Ministerpräsidenten bewilligt.